

SPD demokratischer pressediens

9/XXVII/161

23. August 1972

Inflation via Steuerpolitik

Zu den Steuerplänen der CDU/CSU

Von Dr. Erhard Eppier MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Für Schmidt sprechen die Fakten

Vor einem schwarzen CDU/CSU-Tag im Bundestag

Seite 3 / 30 Zeilen

Ein Wahlkampf des Hasses?

Notwendige Hinweise auf Barzel-Reden

Seite 4 / 38 Zeilen

Das Spiel mit dem Feuer

Feststellungen zu Kanzlers Rentenreformpaket

Seite 5 / 45 Zeilen

Inflation via Steuerpolitik

Zu den Steuerplänen der CDU/CSU

Von Dr. Erhard Eppier MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nachdem bisher die Ergebnisse der Steuerreformkommission der Union nur gerüchteweise durchsickerten, ist jetzt zum erstenmal parteioffiziös davon die Rede, und zwar in einem Artikel in der Augustnummer von "Dialog". Eine Alternative deutet sich an. Wer es solides Rechnen gewöhnt ist, wird sich natürlich auch fragen, was diese Alternative für die Staatsfinanzen - oder die Mehrwertsteuer - bedeutet.

Die Bundesregierung hatte bei ihren Eckwerten (bei einem Punkt Mehrwertsteuererhöhung) dasselbe Steueraufkommen erreicht, wie es nach dem Stand des Steuerrechts von 1971 im Jahr 1974 erreicht worden wäre. Also aufkommensneutral bei einem Punkt zusätzlicher Mehrwertsteuer. Der SPD-Parteitag wollte ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer neun Milliarden mehr aufbringen, davon sind allerdings vier Milliarden bereits konsumiert durch die Erhöhung der Mineralöl-, Branntwein- und Tabaksteuer.

Die CDU schlägt nun bei der Lohn- und Einkommenssteuer eine durchgehenden Progression von 16 bis 55 vH. vor. Dies war auch von der SPD erwogen, aber fallengelassen worden wegen der unzumutbaren Mehrbelastung der Finanzämter, besonders in Fällen, wo mehrere Arbeitsverhältnisse bestehen. Der Unionsvorschlag bringt zusätzliche Mindereinnahmen von 1.500 Millionen DM.

Die CDU will den Arbeitnehmerfreibetrag auf 600 DM erhöhen.
Zusätzliche Mindereinnahmen: 700 Millionen DM.

Der Steuerausfall durch die Pauschalierung der Sonderausgaben bei 26 vH. (Höchstbeträge 5.000 bzw. 10.000 DM) beträgt 4.300 Millionen DM. Beim Familienlastenausgleich ist noch nicht entschieden, ob man beim alten System der Kinderfreibeträge bleibt oder der SPD und der Regierung ungefähr folgen will. Im ersten Fall will die CDU beim ersten Kind eine Entlastung von mindestens 50 DM im Monat sicherstellen. Da mehr als die Hälfte der Kinder in

der BRD Erstkinder sind, würde allein dies Steuerausfälle von ca. drei Milliarden bringen. Also rechnen wir nur den Ausfall, der entsteht, wenn dritte und weitere Kinder nach dem 10. Lebensjahr 110 DM bekommen. Das sind 400 Millionen DM.

Die laxere Regelung des Bewirtungskostenabzugs bringt weitere 400 Millionen DM weniger als die Eckwerte, der niedrigere Körperschaftsteuersatz (55 statt 56 vH.) ergibt 200 Millionen DM Ausfall. Bei der Grundsteuer will die CDU auf die 750 Millionen DM Mehreinnahmen des Regierungsentwurfs verzichten.

Der Abbau der Gewerbesteuer um 40 vH. kostet zusätzlich 6.000 Millionen DM, also etwa 1,5 Punkte Mehrwertsteuer. Der Vermögenssteuersatz von 0,5 vH. bringt Mindereinnahmen von 450 Millionen gegenüber den 0,7 vH. des Regierungsentwurfs.

Allein diese Vorschläge führen zu Kindereinnahmen von 14.700 Millionen DM, bezogen auf 1974. Da ein Punkt Mehrwertsteuer dann ca. 4.200 Millionen erbringt, müssen also ca. 3,5 Punkte mehr erhoben werden, als die Bundesregierung vorgesehen hat, d.h. statt 12 vH. ganze 15,5 vH. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß die Union offenbar auch den Grundfreibetrag über 2.040 DM hinaus anheben will. Sollte wirklich die Zahl 3.000 DM im Gespräch sein, so wäre dies nicht ohne einen weiteren Punkt (also 16,5 vH.) Mehrwertsteuer zu haben.

Bei all diesen Berechnungen wird davon ausgegangen, daß sich die Gesamtsteuerbelastung nicht erhöhen soll. Nun sind aber alle Verantwortlichen sich klar darüber, daß sich eine solche Erhöhung, etwa in der Größenordnung eines Punktes Mehrwertsteuer, auf mittlere Sicht nicht verhindern läßt. Soll dies dann noch auf diesen Mehrwertsteuersatz geschlagen werden? (17,5 vH.)

Was die CDU in Anlehnung an die Eberhardkommission ausgearbeitet hat, läuft auf eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer hinaus. Sie wird vom Endverbraucher, vom kleinen Mann bezahlt. Das Gutachten des Finanzbeirats beim BMWF hat sich dagegen ausgesprochen, auch weil eine so drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer und damit der Preise notwendig zusätzliche Lohnforderungen auslöst und die Stabilität gefährdet. Ist dies nun der konstruktive Beitrag der Union zur Stabilität? Oder wird man vor dieser Art Inflationspolitik doch zurückschrecken?

(-/ex/23.8.1972/ks)

Für Schmidt sprechen die Fakten

Vor einem schwarzen CDU/CSU-Tag im Bundestag

Der Tag, an dem die dritte Lesung des Bundeshaushalts 1972 im Deutschen Bundestag erfolgen wird, kann gewiß die allergrößte Aufmerksamkeit beanspruchen. Dem neuen Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Helmut Schmidt, wird er willkommene Gelegenheit geben, vor der deutschen Öffentlichkeit mit den von den Unionsparteien in die Welt gesetzten Märchen von einem angeblichen Finanzchaos gründlich aufzuräumen.

Aus der Sicht der CDU/CSU betreibt die Regierung der sozial-liberalen Koalition eine finanzielle Verschwendungspolitik, und der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, wie immer auch hier der Spitzenreiter in düsterer Schwarzmalerei, spricht sogar von einer möglichen Verfassungsklage. Entgegen allem Wahrheitstatbestand soll der Eindruck erweckt werden, das Beamte, Angestellte und Arbeiter, die im Dienste des Bundes stehen, um die rechtzeitige Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter zu fürchten hätten, und daß die jetzige Bundesregierung nicht mehr handlungsfähig sei, weder ein noch aus wisse und am Ende ihres Lateins angelangt sei.

Der Tag der dritten Haushaltslesung wird diese Agitation zerstören. Helmut Schmidt kann Zahlen anführen, die die finanzpolitische Lage, wie sie wirklich ist, beleuchten und der Oppositionspropaganda den Boden entziehen. Die Zahlen sind heute schon jedermann erkennbar. Sie ergeben sich aus den vielen Regierungs- und Koalitions-Antworten auf immer wieder den gleichen Komplex berührender Anfragen der Unionsparteien. Es gibt weder ein Finanzchaos noch Verschwendungssucht. Der Bundeshaushalt 1972 steht im Zeichen der Solidität und entspricht genau den Notwendigkeiten, die sich aus einer stabilitätsbewußten Politik ergeben.

Der Tag der dritten Etat-Lesung dürfte also zum schwarzen Tag für die Unionsparteien werden. Aber das haben sie sich selbst zuzuschreiben. (ac/ex/23.8.1972/ks)

Ein Wahlkampf des Hasses? -----

Notwendige Hinweise auf Barzel-Reden

Die Reden, die der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel in diesen Tagen bei einer Vortragsreise durchs Münsterland gehalten hat, lassen leider keinen Zweifel mehr über die Art und die Tendenz des Wahlkampfes der Opposition zu. Entgegen den ständigen Versicherungen beispielsweise des CDU-Generalsekretärs Dr. Konrad Kraske, seine Partei würde diesen Bundestagswahlkampf mit sachlichen Argumenten führen, verlor sich sein Parteivorsitzender schon im Vorlauf für diese Wahlausweinandersetzung in ebenso hemmungs- wie hoffnungsloser Schwadroniererei.

Jeder Bundesbürger, der etwa am Dienstagabend vor dem Fernsehschirm saß, konnte mit eigenen Augen und Ohren miterleben, was Dr. Barzel unter Wahlkampf versteht. In einem Gemisch von eigenen Behauptungen und von Parolen, die ihm von anderer Seite zugespielt wurden, versuchte er eine in chaotischer Sintflut untergehende Bundesrepublik zu malen, die nur noch überleben könnte, wenn am 3. Dezember die beiden C-Parteien sozusagen in letzter Minute die Mehrheit erhielten und er, Dr. Barzel, dann als Retter vom Dienst in das Bundeskanzleramt einziehen dürfte.

Nach der knappen Atempause der Olympischen Spiele werden wir alle also erbitterte und verbitterte Zeugen eines Wahlkampftrauerspiels der CDU und der CSU werden, das seinesgleichen jedenfalls in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik vorgeblich suchen wird. Der Haß, der aus den Worten Dr. Barzels sprach, wird, so ist zu fürchten, das innenpolitische Klima der Bundesrepublik so vergiften, daß es viele Mühe kosten wird, vom 4. Dezember ab wieder in normale demokratische Bahnen zurückzufinden. Es wird notwendig und gut sein, wenn wir uns schon heute auf diese Situation und auf diese Mühe vorbereiten.

Eine Schlußbemerkung: Dr. Barzel hat in seinen in jeder Beziehung aufschlußreichen Reden erklärt, er wüßte nicht, was sozialistisch sei. Aber er redet trotzdem darüber und bezieht öffentlich Stellung zu einem Begriff, von dem er laut eigener Feststellung keine Ahnung hat. Die Wähler, einschließlich der aus dem CDU-Lager, sollten sich bei der Beurteilung eines Mannes, der sich Kanzlerkandidat nennen läßt, dieses Faktums stets bewußt bleiben.
(cc/cc/23.8.1972/ks)

Das Spiel mit dem Feuer

Feststellungen zu Katzers Rentenreformpaket

Seit drei Jahren gehört es offenbar zum Stil mancher Oppositions-Akteure auf der Bonner Bühne, mit dem Feuer zu spielen. Darüber täuscht auch der gelungene Versuch des stellv. CDU-Vorsitzenden Hans Katzer nicht hinweg, für das Rentenreformpaket der Unionsparteien so gewichtige Kronzeugen wie die deutsche Angestellten-Gewerkschaft und "Sozialexperten des Deutschen Gewerkschaftsbundes" zu zitieren.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß es Katzer weniger um eine Sachdiskussion der unterschiedlichen Standpunkte ging, als vielmehr um eine überspitzte Profilierung auch in seinem Wahlkreis. Seit dem Focke-Schock von 1969 - dem spektakulären Wahlerfolg der Kanzleramts-Staatssekretärin - müssen auch die Kölner CDU-Abgeordneten um ihre sicher geglaubten Erbhöfe bangen. Vor diesem Hintergrund muß Katzers neue Propaganda-Aktion auch unter lokalen Wahlkreisüberlegungen gesehen werden.

Aber es geht nicht nur um Katzers Wahlkreis. Denn dort leben nicht einmal 0,1 vH. jener Bundesbürger, die darauf vertrauen, daß sie nicht unter der von ihnen keineswegs verschuldeten Pattsituation im Bundestag zu leiden haben werden. Bei allem verständlichen Bemühen der Union um Selbstdarstellung, sollten CDU und CSU nicht vergessen, daß sich die Politik, wenn sie sich jemals um den Menschen unmittelbar zu kümmern hatte, dies bei den Rentnern tun kann und tun muß.

Zehn Millionen Rentner-Familien - das sind rund 14 Millionen wahlberechtigte Bundesbürger - erwarten von den Politikern, daß sie etwas für sie tun. Deshalb ist es nicht ganz ungefährlich, wenn Katzer sein "nur so und nicht anders" postuliert. Gerade bei der Pattsituation kann diese Haltung nämlich dazu führen, daß Egoismus und Starrköpfigkeit der Unionsfraktion im Endeffekt die Rentner in die Röhre gucken läßt. Denn mehr als ein Wunschtraum ist Katzers Prophetie von einer Bundestagsmehrheit für das Unions-Konzept nicht. Darauf können sich die Rentner nicht verlassen.

Schließlich geht es ja nicht allein um eine Aufbesserung der Bestandsrenten. Nicht nur die Rentenbezieher, auch die noch beitragszahlenden Versicherten erwarten vom Gesetzgeber, daß er noch in dieser Legislaturperiode das System der Alterssicherung zukunftsorientiert. Dabei haben Prestigeüberlegungen in den Hintergrund zu treten, auch wenn das der Profil-Feilerei abträglich sein mag.

Angesichts der Notwendigkeit einer soliden Finanzbasis der Rentenpolitik sollte im nächsten Monat im Parlament ein Wächterstrahl an Verantwortungsbewußtsein alle anderen Überlegungen verdrängen. Dazu haben die Abgeordneten nicht nur einen moralischen Auftrag. Fast 14 Millionen alte Menschen sollten nicht als Hilfstruppen für Parteiegoismus mißbraucht werden.

Theodor Tremmes
(~/ex/23.8.1972/ks)